

## INHALT

1. NDR-Umfrage: Nur Wowereit hat schlechtere Zustimmungswerte als Albig
2. Neuer CDU-Fraktionsvorstand komplett
3. CDU-Landtagsfraktion macht Lösungsvorschlag zur FAG-Reform
4. CDU fordert Kreisfachberater an Schulen
5. Regierungsfractionen wollen Landeszentrale für Politische Bildung durch Beauftragten ersetzen
6. Eigentümer müssen vor Eintragung ins Denkmalsbuch informiert werden

31.10.2014

**NDR-Umfrage: Nur Wowereit hat schlechtere Zustimmungswerte als Albig**  
**CDU bleibt in der Sonntagsfrage stärkste Kraft**



Fraktionschef und Oppositionsführer Daniel Günther

Eine heute veröffentlichte repräsentative Meinungsumfrage von infratest-dimap zeigt einen dramatischen Zustimmungsverlust für Ministerpräsident Torsten Albig. Seit 1999 waren die Werte zur Halbzeit einer Legislaturperiode nicht mehr so schlecht für eine Landesregierung. Albigs Zustimmungswerte haben sich gegenüber Mai 2013 fast halbiert. Nur noch 37 Prozent sind mit seiner Arbeit zufrieden. Das ist der zweitschlechteste Wert für den Regierungschef eines Bundeslandes nach dem Berliner Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit – und dieser hat nach 13 Jahren bereits für Ende dieses Jahres seinen Rücktritt erklärt. „Albig ist erst zweieinhalb Jahre im Amt. Die Menschen im Land vertrauen ihm nicht. Sie wissen, dass sie sich nicht auf ihn verlassen können“, kommentierte CDU-Landtagsfraktionschef Daniel Günther.

In der Kompetenzzuschreibung hat die CDU in entscheidenden Feldern zum Teil deutlich zugelegt: Das gilt sowohl für die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Wirtschafts- und Finanzpolitik, als auch für die Innere Sicherheit. In der Bildungspolitik liegt die CDU mittlerweile vor der SPD – im Mai 2013 hatte die Union in diesem Politikbereich noch elf Prozent hinter den Sozialdemokraten zurückgelegt.

„SPD, Grüne und SSW machen aus den hohen Steuereinnahmen nur Geschenke an ihre Klientel. Die wichtigen Probleme des Landes packen sie nicht an. Das merken die Menschen. 70 Prozent sind unzufrieden mit ihrer Schulpolitik, 67 Prozent mit der Verkehrs- und Infrastrukturpolitik und 63 Prozent fehlen Maßnahmen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels“, so Günther.

In der Sonntagsfrage zeigt sich allerdings noch keine ausreichende Wechselstimmung. Bei Verlusten der SPD bleibt die CDU zwar deutlich stärkste Kraft und kann ihren Wert von Mai 2013 mit 34 Prozent bestätigen. Allerdings könnte das Dreierbündnis aus SPD, Grünen und SSW weiterregieren.

Günther versteht die Ergebnisse der Umfrage als ein deutliches Signal an die CDU, ihre besseren Konzepte noch stärker herauszuarbeiten und offensiv zu vertreten.

„Die Schleswig-Holsteiner haben erkannt, dass diese Regierung schlecht für unser Land ist. Wir können es besser. Davon werden wir die Menschen in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode noch stärker überzeugen“, so der CDU-Fraktionsvorsitzende.

Link zu den Ergebnissen der Umfrage:

<http://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Jeder-Zweite-mit-Landesregierung-unzufrieden-,schleswigholsteintrend102.html>

---

### Neuer CDU-Fraktionsvorstand komplett CDU-Fraktion stellt sich zur Hälfte der Legislaturperiode neu auf



Neugewählter Fraktionsvorstand vor dem Landeshaus

In dieser Woche haben die Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion, wie üblich zur Hälfte der Legislaturperiode, einen neuen Vorstand gewählt. Auch wurden die Fraktionsarbeitskreise teilweise neu strukturiert.

Bereits vor den Herbstferien war Daniel Günther zum Fraktionsvorsitzenden und Hans-Jörn

Arp zum Parlamentarischen Geschäftsführer gewählt worden. Astrid Damerow, Tobias Koch und Katja Rathje-Hoffmann wurden nun in dieser Woche in ihren Ämtern als stellvertretende Fraktionsvorsitzende bestätigt. Gemeinsam mit Landtagspräsident Klaus Schlie bilden sie den Geschäftsführenden Vorstand der Fraktion.

Fraktionsvorsitzender und Oppositionsführer Daniel Günther stellte klar: „Die CDU-Fraktion geht mit Volldampf in die zweite Hälfte der Legislaturperiode. Wir treten an, um in allen Arbeitsbereichen bessere Alternativen zur ideenlosen Politik von SPD, Grünen und SSW vorzulegen. Klare Schwerpunkte sind dabei Bildung und Wissenschaft, Infrastruktur, Flüchtlingspolitik, Wirtschaftspolitik und Innere Sicherheit. In diesen entscheidenden Politikfeldern versagt die Albig-Regierung kläglich.“

Angesichts der derzeitigen Herausforderungen im Bereich der Innen-, Kommunal- und Flüchtlingspolitik hat die CDU-Fraktion diesen Bereich für die zweite Hälfte der Legislaturperiode personell verstärkt.

Petra Nicolaisen, Abgeordnete aus dem Kreis Schleswig-Flensburg, ist nun Vorsitzende des neu gegründeten Arbeitskreises Kommunalpolitik. Als kommunalpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion soll sie sich dabei auch um einen Ausgleich zwischen Städten und ländlichen Räumen kümmern.

Neuer Vorsitzender des Arbeitskreises Innen und Recht und damit innenpolitischer Sprecher der Bad Segeberger Landtagsabgeordnete Dr. Axel Bernstein. Er bleibt gleichzeitig medienpolitischer Sprecher der Fraktion.

Vorsitzende des Arbeitskreises Europa und damit europa- und integrationspolitische Sprecherin bleibt die nordfriesische Landtagsabgeordnete Astrid Damerow. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit wird der Bereich Flüchtlingspolitik sein.

Der Ehemalige Fraktionsvorsitzende Johannes Callsen ist seit dieser Woche Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaft, Tourismus und Verkehr.

Keine Veränderungen gab es in den Arbeitskreisen Agrar- und Umwelt, Bildung, Finanzen und Soziales. Heiner Rickers aus Steinburg, Heike Franzen aus dem Kreis Schleswig-Flensburg, der Ahrensburger Tobias Koch, sowie die Norderstedterin Katja Rathje-Hoffmann bleiben weiterhin Vorsitzende ihrer Fraktionsarbeitskreise.

---

### **CDU-Landtagsfraktion macht Lösungsvorschlag zur FAG-Reform SPD, Grüne und SSW wollen FAG trotz vernichtender Anhörung im November beschließen**

Lottospielen sei für einen Finanzausgleich ein zu niedriger Anspruch. Das war nur eine von vielen Feststellungen der Fachleute in der Anhörung zum Entwurf der Landesregierung für einen neuen Kommunalen Finanzausgleich (FAG) Mitte September. Bemängelt wurde insbesondere die fehlende Finanzbedarfsanalyse, wodurch die gesamten Berechnungen und damit die Begründung der Mittelflüsse nicht nachvollziehbar seien.

Dennoch haben die Regierungsfractionen den Entwurf in dieser Woche mit wenigen Änderungen durchgewunken. Sie wollen das Gesetz in der kommenden Landtagssitzung beschließen. „Wenn der Ausgangswert nicht nachvollziehbar ist, sind es Änderungen daran auch nicht. SPD, Grüne und SSW haben die Anhörung komplett ignoriert“, kommentierte die kommunalpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Petra Nicolaisen.

Sie hatte zuvor einen Lösungsvorschlag vorgelegt, der von den Regierungsfractionen allerdings nicht aufgegriffen wurde. Danach sollten dem derzeit geltenden Kommunalen Finanzausgleich zeitlich befristet bis Ende 2017 jährlich 36 Millionen Euro zusätzlich zweckgebunden als Konsolidierungshilfen zur Verfügung gestellt werden. Diese zusätzlichen Mittel würden dem früheren Zuschuss des Landes an die Kommunen für die Kosten der Grundsicherung entsprechen. Die dadurch gewonnene Zeit bis Ende 2017 müsse die Landesregierung nutzen, um die in der Anhörung erkannten Fehler des Entwurfes von Innenminister Breitner zu korrigieren.

„Unser Vorschlag würde den finanzschwächsten Kommunen und damit vor allem den besonders notleidenden Kreisfreien Städten bis Ende 2017 die nötige Luft verschaffen. Diese Zeit sollte dazu dienen, einen transparenten, nachvollziehbaren und gerechten Finanzausgleich zu schaffen“, forderte Nicolaisen.

Link zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion:

[http://www.cdu.ltsh.de/media/28-10-14\\_AeAntr\\_FAG.pdf](http://www.cdu.ltsh.de/media/28-10-14_AeAntr_FAG.pdf)



Petra Nicolaisen, kommunalpolitische Sprecherin

---

## **CDU fordert Kreisfachberater an Schulen** **Ergebnisse des Kulturdialoges müssen umgesetzt werden**

In dieser Woche hat die CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag einen Antrag für die kommende Landtagssitzung eingereicht. Darin fordert die Union die Einrichtung von „Kreisfachberater/-innen Kultur“ an Schulen.

Die Union fordert damit konkrete Maßnahmen aus dem Konzept des Kulturministeriums „Kulturdialog“ ein. „Im Gegensatz zur Regierungskoalition leiten wir aus der Bestandsaufnahme über die Kultur im Land Maßnahmen ab. Es reicht nicht, an runden Tischen mit Kulturschaffenden und -interessierten, Verbänden, Politik und Verwaltung über deren Situation zu reden. Man muss dann auch handeln“, erläuterte der kulturpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion den Antrag.

Der CDU-Abgeordnete räumte ein, dass angesichts knapper Haushaltsmittel nur eine Umsetzung in kleinen Schritten möglich sei. „Nach ihren vollmundigen Ankündigungen stoßen SPD, Grüne und SSW nun an die gleichen Grenzen, wie die Vorgängerregierung – und das trotz um einer Milliarde Euro höherer Einnahmen“, so Sönnichsen.

Mit Kreisfachberatern an den Schulen gebe es beispielsweise in der Verkehrserziehung oder im

Bereich Umwelt und Naturschutz seit Jahrzehnten positive Erfahrungen. Die CDU-Fraktion wolle diesen Nutzen auch in der kulturellen Bildung, einem Schwerpunktthema der Kulturperspektiven Schleswig-Holstein, erreichen.

Es gelte, die Handelnden zusammen zu bringen und die koordinierenden Aufgaben anzugehen. „Dazu muss an den Schulen Freiraum geschaffen werden. Packen wir es an“, so Sönnichsen.

Hier der Link zur Drucksache:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2400/drucksache-18-2406.pdf>



Peter Sönnichsen, kulturpolitischer Sprecher

---

## **Regierungsfaktionen wollen Landeszentrale für Politische Bildung durch Beauftragten ersetzen CDU kritisiert Politik nach Gutsherrenart**

In dieser Woche stimmten die Regierungsfaktionen im Bildungsausschuss der Umwandlung der Landeszentrale für politische Bildung in das Amt eines Landesbeauftragten zu. Das Gesetz soll nun nach dem Willen von SPD, Grünen und SSW in der kommenden Landtagssitzung verabschiedet werden.

Ausgangspunkt für diese Veränderung war, dass der Wunschkandidat des SPD-Fraktionsvorsitzenden Ralf Stegner für das Amt des Leiters der Landeszentrale im Frühjahr überraschend abgesprungen war. Damit erhielt, der im Rahmen des Auswahlverfahrens folgende, FDP-nahe Kandidat den Zuschlag. Daraufhin stellten die Regierungsfaktionen umgehend den Antrag, die Landeszentrale aufzulösen und durch einen neu zu besetzenden „Landesbeauftragten“ zu ersetzen.

Der CDU-Abgeordnete Volker Dornquast, bezeichnete dies als Missbrauch der Gesetzgebungsbefugnis der Regierungsfaktionen: „Wer Gesetzgebung mit dem einzigen Ziel betreibt, einen in einem rechtstaatlichen Verfahren besetzten Amtsinhaber kalt zu stellen, der missbraucht seine Gesetzgebungskompetenz. Die schriftliche Anhörung dazu war wie erwartet vernichtend. Es ist unfassbar, dass die Fraktionen von Grünen und SSW Stegners Politbüro dennoch abnicken. Das passt allerdings in die Personalpolitik der letzten Monate.“

Dornquast spielte mit seiner Bemerkung auf andere Fälle an, in denen Stegner in die Trickkiste griff, um Personen im Amt zu halten oder zu verhindern:

Zum Beispiel wurde die Wahl von in einer Bestenauslese gefundenen Präsidiumsmitgliedern des Rechnungshof durch das Absetzen ihrer Wahl von der Tagesordnung verhindert. Für die

Wahl des Datenschutzbeauftragten Thilo Weichert (Grüne) wurde die vorgeschriebene Amtszeit geändert – wobei dessen Wahl letztendlich scheiterte. Nun werde erneut das Gesetz geändert, um einen Stelleninhaber aus parteipolitischen Gründen aus seiner Funktion zu drängen.

„Das muss jeden Demokraten fassungslos machen. Ich fordere die Abgeordneten von SPD, Grünen und SSW auf, zu demokratischen Gepflogenheiten zurückzukehren und Stegners Politbüro im Landtag nicht zuzustimmen“, so Dornquast in Kiel.



Volker Dornquast, MdB

---

### **Eigentümer müssen vor Eintragung ins Denkmalschutzgesetz informiert werden** **Anhörung zur Novellierung des Denkmalschutzgesetzes**

Nach der mündlichen Anhörung zur Erneuerung des Denkmalschutzgesetzes hält die CDU-Fraktion an ihrer Forderung nach einer Information der Eigentümer vor einer Eintragung in das Denkmalschutzgesetz fest.

„Es ist unverantwortlich, dass nach dem Willen der Regierungskoalition die Eigentümer erst nach der Aufnahme in die Denkmalliste darüber unterrichtet werden sollen. Selbstverständlich müssen sie vorher angehört werden und Stellung nehmen dürfen“, forderte der kulturpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Peter Sönnichsen.

Weitere Kritikpunkte der CDU-Landtagsfraktion an den Plänen der Landesregierung bleiben die deutliche Verschärfung des Umgebungsschutzes und die mangelnde Berücksichtigung von wirtschaftlichen Belangen.

„So weit das Auge reicht soll nach dem Willen von SPD, Grünen und SSW auch der Umgebungsschutz für Denkmäler reichen. Das ist in manchen Bereichen Schleswig-Holsteins ziemlich weit. Ich frage mich, wie der Energiewendeminister unter den Bedingungen noch die Windenergie ausbauen will“, so Sönnichsen.

Umgebungsschutz von Denkmälern bedeutet, dass nicht nur das Denkmal an sich, sondern auch das Panorama des Denkmals geschützt werden soll. Aus Sicht der CDU-Fraktion bestehe deshalb nach wie vor Nachbesserungsbedarf, der nun in den weiteren Beratungen eingefordert werde.

Link zum Gesetzentwurf:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2000/drucksache-18-2031.pdf>

Link zur Sitzungseinladung mit weiteren Links zu schriftlichen Stellungnahmen der Verbände:  
[http://www.landtag.ltsh.de/export/sites/landtagsh/infothek/wahl18/aussch/bildung/einladung/2014/18-050\\_10-14.pdf](http://www.landtag.ltsh.de/export/sites/landtagsh/infothek/wahl18/aussch/bildung/einladung/2014/18-050_10-14.pdf)

---

V.i.S.d.P  
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Dirk Hundertmark, Pressesprecher  
Tel.: 0431/988-1440  
[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)